

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inverate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 171.

Mittwoch, den 24. Juli 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Wirkungen der Steuerung.

Der Rückgang der Geburten in Deutschland beunruhigt die herrschenden Klassen in steigendem Maße. Man forscht nach den Ursachen. Da es einmal Mode geworden, die Sozialdemokratie zum General-sündenbock für alle unbequemen Erscheinungen unseres Zeitalters zu stempeln, so unternahmen einige Soldschreiber der oberen Zehntausend den Versuch, die Sozialdemokratie auch für den Rückgang der Geburten verantwortlich zu machen. Sie wollten es sogar ziffernmäßig belegen. Dieser Versuch starb an seiner eigenen Lächerlichkeit. Die Gründe des Geburtenrückgangs sind dieselben wie beim französischen Parzellenbauer, dem auch die dritte Republik das feinerzeit von der Monarchie versprochene Sonntagshuhn nicht in seinen Topf liefern kann, und der sich darum auf das Zweikindersystem verlegt hat. Wer in Deutschland befähigt ist, die Zeiterscheinungen und ihre Ursachen und Wirkungen zu begreifen, der weiß, daß der Rückgang der Geburtenziffer seine Ursache in der enormen Steuerung der Lebensmittel hat. Es ist doch kein Zufall, daß der Rückgang der Geburten gerade mit der Epoche zusammenfällt, in welcher Hochschulgeld und Fleisch- und Brotwucher ihren Höhepunkt erreicht haben. Daraus entwickelt sich die Unterernährung bei der Mehrheit unseres Volkes. Wie weit diese die Fortpflanzungsfähigkeit einer Nation beeinflusst, sei dahingestellt; wir müssen es der Wissenschaft überlassen, hier genaue Aufschlüsse zu geben. Wir haben wohl gesehen, daß bei den ärmsten Schichten der Bevölkerung, wie feinerzeit bei den Handwebern in Sachsen und Schleifen, ein enormer Kindersterblichkeit vorhanden war, dem aber eine ebenso starke Kindersterblichkeit gegenüberstand. Zweifellos ist nur, daß der Geburtenrückgang längst schon einen absoluten Rückgang der Bevölkerung bewirkt hätte, wenn nicht durch die sozialpolitische Gesetzgebung sowohl wie durch die Kämpfe der Arbeiterorganisationen hygienische Schutzmaßnahmen herbeigeführt und die Arbeits- und Lebensbedingungen vielfach gehoben worden wären. Das alles wäre ohne die Sozialdemokratie in Deutschland gar nicht denkbar gewesen. Die Wirkung der Steuerung geht aber über diese Ergründungen hinaus oder hebt sie wieder auf. In kurzer Zeit werden wir vor einem Rückgang der Bevölkerungsziffer selbst stehen, wenn nicht die Grundlagen unserer „bewährten Wirtschaftspolitik“, wie sie von junkerlichen, pfäfflichen und nationalliberalen Beutepolitikern gepriesen wird, verschwinden und durch andere ersetzt werden. Auch in den herrschenden Klassen, namentlich aber in wissenschaftlichen Kreisen, greift diese Erkenntnis um sich. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß schon im vorigen Jahr in einer Sitzung der erweiterten wissenschaftlichen Deputation für das Medizinwesen der Geheimen Obermedizinalrat a. D. Dr. Pistor sich dahin ausgesprochen hat:

„Die Gründe (des Geburtenrückgangs) wachsen mit der immer zunehmenden Verteuerung der Lebensführung, welche zum großen Teil durch die übermäßig im Interesse der unerfährlichen und geldgierigen Agrarier ins Leben getretene Gesetzgebung und aufhaltfam steigt.“

Diese Worte aus dem Munde eines Physiologen wiegen unendlich schwerer als alle die Phrasen der Junker und Sunkergenossen vom „Schutz der nationalen Arbeit“ und der „notleidenden Landwirtschaft“. Allerdings ist durch die Steuerung auch ein Teil der Landwirtschaft in Notlage versetzt worden, nämlich die Parzellenwirtschaft; aber die Junkerliche ist es nicht, die schöpft eben ihren Gewinn aus der Not des Volkes und auf Kosten von dessen Gesundheit.

Es ist nur gut, daß Dr. Pistor schon pensioniert ist, sonst würden die Agrarier, wo es angängig, ihn boykottieren und durch einen Denunziationsturm, wie sie ihn so oft organisieren, um Amt und Brot zu bringen suchen. Aber seine Warnung ist um so bedeutsamer. Denn schon beginnen die Agrarier neue Wünsche zu formulieren, die natürlich auf weitere Erhöhung der Lebensmittelpreise gerichtet sind, und die noch mehr Verwüstung der Volksgesundheit, noch stärkeren Geburtenrückgang bringen werden, wenn es gelingt, sie durchzusetzen. Es hieße erwarten, daß auf Vornsträuchern Disteln wachsen, wenn man den Agrariern Verständnis dafür zutrauen wollte, welche Schäden der Gesundheit aus der „Verteuerung der Lebensführung“, mit Dr. Pistor zu reden, erwachsen.

Die Herren Agrarier gehen so weit, daß sie überhaupt jeden Versuch, die wirtschaftliche Situation für die Arbeiter irgendwie zu verbessern, mit aller Rücksichtslosigkeit

zu vereiteln trachten. So ist ja jüngst auf dem landwirtschaftlichen Genossenschaftstag zu Dresden der General-Landschaftsdirektor und Geh. Oberregierungsrat Dr. Rapp aus Königsberg auf die Sozialpolitik des Reiches zu sprechen gekommen. Er meinte, die Arbeiter sähen es als „verdamnte Pflicht und Schuldbigkeit des Staates“ an, gefesgeberisch für sie zu sorgen. Das könne so nicht weitergehen. Die geplante Volksversicherung sei als ein „Verstoß gegen die guten Sitten“ zu verbieten und eventuell sei für diesen Fall die Gesetzgebung entsprechend zu ergänzen.

Man kann diesem Herrn nur dankbar sein, daß er die Herzenswünsche der Agrarier so ohne alle Verhüllung vorgebracht hat. Diesen Leuten kommt es gar nicht darauf an, ob und wie das deutsche Volk als Ganzes durch Verteuerungspolitik geschädigt wird. Man malt das rote Gespenst an die Wand und erzählt den Leuten, die sich damit erschrecken lassen, die Hauptaufgabe der Gesetzgebung sei der „Schutz der Landwirtschaft“, daß heißt die Sicherung der Rente der Großgrundbesitzer. Den Arbeitern aber, den wirtschaftlich Schwachen, spricht man nicht nur den Anspruch auf die Hilfe des Staates, sondern auch auf Selbsthilfe ab. Der Rückgang der Geburten ist für diese Leute kein Warnungszeichen. Wenn das in die chinesische Zollmauer eingesperrte deutsche Volk nur noch zahlreich genug bleibt, um die verteuerten landwirtschaftlichen Produkte zu konsumieren. Das andere ist Nebensache. Und für diese Leute kommt das Märchen sehr gelegen, daß eine skrupellose Presse ihnen entgegenbringt, daß nämlich der Rückgang der Geburten eine Wirkung der — sozialdemokratischen Agitation sei.

Die Steuerung ist aber nicht stabil, sondern sie steigt. Seit dem Jahre 1910 ist die Preisbewegung, namentlich was Brot und Fleisch betrifft, unausgesetzt aufwärts gegangen. Man merkt jetzt erst so recht, wie unheilvoll eine solche künstliche und gewalttätige Steigerung der Lebensmittelpreise wirkt, indem sie eine Steigerung der Preise der anderen Lebensbedürfnisse nach sich zieht. So hoch wie 1912 sind die Preise von Roggen und Weizen, von tierischen Produkten und Zerealien noch niemals gewesen. Und noch immer ist kein Stillstand abzusehen.

Alle diese Erscheinungen, Lebensmittelpreissteigerung, Unterernährung und Geburtenrückgang greifen an den Lebensnerv unseres Volkes; sie werden, wenn es so weiter geht, der Nation die Existenzfrage näherücken. Demgegenüber wird und muß bald der unvermeidliche Gegenstoß erfolgen. Nachdem die Deutschen bei den letzten Wahlen, die Nationalliberalen mitgerechnet, wieder eine agrarische Mehrheit in den Reichstag geschickt haben, ist die Gefahr um so dringender geworden. Diese Mehrheit ist entschlossen, die Steuerung zu verewigen, oder womöglich noch zu steigern. Die Nationalliberalen haben sich zwar während der Wahlbewegung als zur „Linken“ gehörig aufgepielt und dadurch Mandate erschnappt; bei der Frage der Verlängerung der Lebensmittelzölle werden sie sich aber als waschechte Agrarier demaskieren. Diese Gefahr abzuwehren, kann nur einer großen Volksbewegung gelingen, zu welcher die Not schließlich alle die Elemente unseres Volkes zusammenreiben wird, welche das agrarische Ausplünderungssystem an ihrem Leibe empfinden. Diese Volksbewegung wird kommen, und selbstverständlich wird die Sozialdemokratie dabei die Führung übernehmen, da von den bürgerlichen Parteien nur noch die mit so vielen unsicheren Kantonisten durchfegte Fortschrittliche Volkspartei Gegnerin der Agrarzölle ist. Je schneller diese Bewegung kommt, desto besser!

Internationales Kesseltreiben.

Es war vorauszusehen, daß England die Rüstungen Deutschlands nicht ruhig hinnehmen würde. Am Dienstag begründete, wie gestern schon kurz berichtet, im englischen Unterhaus der Marineminister Churchill die erwartete Marinevorlage. Kaltblütig und ruhig bemerkte er gleich zu Beginn seiner Rede, daß der unmittelbare Anlaß zu den Nachforderungen das neue deutsche Flottengesetz sei, dessen Charakter er näher auseinandersetzte. Er nannte es bemerkenswert, daß das neue deutsche Gesetz das fünfte innerhalb einer während 14 Jahren fortgesetzten Flottenvermehrung sei, daß es im Reichstage keinen wirklichen Widerstand gefunden, und daß sich die deutsche Kritik im wesentlichen gegen die Unzulänglichkeit des Gesetzes gerichtet habe. Nachdem er so durch Hinweis auf die gefährlich machende deutsche Flotte sich bei seinen Zuhörern eine gute Aufnahme gesichert hatte, begründete er sodann die Mehrforderung von 990000 Pfund. Infolge des Kohlenstreiks seien die Ausgaben des letzten Etatsjahres verringert worden, dadurch müsse der Etat der nächsten beiden Jahre eine Mehrbelastung erfahren. Der jetzige Nachtragsetat sei nur der erste,

kleinste Teil der neuen Forderungen, die aus dem deutschen Gesetz erwachsen würden. Um den 60-Prozent-Standard aufrecht zu erhalten, müsse England in den nächsten fünf Jahren zunächst fünf und dann viermal je vier Schiffe bauen, während es gehofft habe, mit drei, vier, drei, vier, drei Schiffen auszukommen. Von der jetzigen Mehrforderung seien 160000 Pfund für die Unterseeboote, 60000 für das Flugwesen und 35000 für die Erhöhung der Arbeiterlöhne bestimmt. Ferner soll der Bau der leichtgepanzten Kreuzer beschleunigt werden. Um der vermehrten Schlagfertigkeit der deutschen Flotte zu begegnen, sei es notwendig, die Zahl der völlig dienstbereiten und stets verfügbaren Schlachtschiffe erheblich und schnell zu vermehren.

Nach Churchill ergriff der Führer der Konservativen, Lord Balfour das Wort. Er wies auf die Notwendigkeit der englischen Rüstungen hin: Obwohl wir unter der Größe dieser Ausgabe seufzen mögen, muß diese Last doch getragen werden, solange wie der uninnige Wettbewerb im Schiffbau andauert. Aber wir wenigstens haben den Trost, daß wir nicht aus Ehrgeiz, sondern für Frieden und Sicherheit bauen.

Der Premierminister Asquith erklärte, er sei ganz der Ansicht Balfours, daß eine internationale Gruppierung von Mächten auf den Frieden hinarbeite. Er wünsche in der nachdrücklichsten Weise zu betonen, daß Großbritannien ein höchst widerwilliger Wettbewerber in dem Flottenwettrennen sei. Das Wettrennen ist nicht von uns provoziert worden. Wir sind mit enormen Kosten Teilnehmer geworden, nicht aus freiem Willen, sondern unter dem Zwang der Umstände. Die Ausgaben, so sehr wir sie auch bedauern, sind gerechtfertigt, weil es notwendig ist, die Sicherung unserer Küsten, unserer Dominions und unseres Handels, sowie den Frieden der Welt zu erhalten. Wir müssen unsere Stellung behaupten, und wir müssen sie in ihrer ganzen Ausdehnung behaupten.

Nach weiterer Debatte wurde der Ergänzungskredit für eine Erhöhung des Mannschafbestandes um 1500 Mann mit 291 gegen 42 Stimmen angenommen. Gegen den Kredit stimmten die Mitglieder der Arbeiterpartei und einige Radikale.

Die englische Presse betont, diese Rüstungen seien eine unbedingte Notwendigkeit und nicht von Feindschaft gegen Deutschland diktiert.

Die führenden Organe der bürgerlichen Parteien Deutschlands schwiegen sich am Dienstagabend über ihre Stellungnahme zu den englischen Rüstungen noch aus. Nur die „Kreuzzeitung“ bringt folgenden Kommentar: „Es mag unerörtert bleiben, ob die Verstärkungen der englischen Seemacht ihre Spitze gegen uns in besonderer oder die Dreieinmächte im allgemeinen kehren; möge es genügen, darauf hinzuweisen, daß die Vorschläge der englischen Admiralität ohne Zweifel das Ergebnis der Beratungen zwischen dem Premierminister, dem Ersten Lord der Admiralität und Lord Ritchener sind. Danach scheint es, als ob man dem Mittelmeere wieder erhöhte Bedeutung beimißt. Dieses würde in dem Umstande volle Begründung finden, daß man in England für die Schwächen der französischen Flotte sehr offene Augen hat. Auf der andern Seite zeigt namentlich die Komplettierung eines bislang nur teilweise bemannten Geschwaders in den heimischen Gewässern, daß man nach wie vor gegen uns von hohem Mißtrauen erfüllt ist und auf jeden Fall in der Übermacht bleiben will. Daß dieses Mißtrauen tatsächlich und leider vorhanden, wird auch aus der Anlage der Manöver bemessen, bei denen die schwächere Seemacht den Transport eines Invasionsheeres nach der englischen Küste zu schützen und zu bewirken hatte und — merkwürdig genug — im Manöver diese Aufgabe gelöst hat.“

Die Folge der englischen Rüstungen wird sein, daß unsere Flottenfanatiker von neuem in Rüstungswahnstürmen verfallen werden. Schon leidet der „Volksbote“ die neue Aktion gegen England mit folgenden Worten ein: „Aus den hochbedeutsamen Reden der englischen Staatsmänner erbellt wieder, mit welcher ängstlichen Spannung England das Erstarken unserer Flotte verfolgt, aber auch wie „bitter not“ uns eine starke Flotte ist. Denn trotz der unausgesetzten Versicherung ihrer friedfertigen Gesinnung kann die englische Regierung nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie mit allen Mitteln zu einem Entscheidungskampf gegen Englands gefährlichsten wirtschaftlichen Rivalen, Deutschland, rüftet. In diesem Sinne ist auch außerordentlich charakteristisch die hohe Bedeutung, welche sie der österreichischen Flotte beimißt. Denn trotz der „Entente“ mit Frankreich ist England durch die österreichischen Seekräfte gezwungen, stets ein starkes Mittelmeergeschwader bereitzuhalten. Deutschland und Österreich werden daher nach wie vor scharf auf der Wacht sein müssen, zumal, wie Asquith selbst andeutet, Italien für den Dreieinbund in einem eventuellen Konflikt mit England-Frankreich als Bundesgenosse nicht mehr in Betracht kommt.“

Wiso kann der neue Flottentauwet beginnen?

„Verwerfliche Preshpölemik“.

Unter dieser Überschrift bringt die „Rölnische Volkszeitung“ in ihrer Nummer 640 (21. Juli) einen Artikel, der sich mit den Formen befaßt, unter denen sich der Bruderstreit im katholischen Lager abspielt. Er beschuldigt die Presse der Anti-Bademeniten, daß in ihr „die gehässigen Insinuationen und Verdächtigungen in einem Maße zugenommen haben, daß allmählich ein wahrer Skandal daraus geworden ist, der zum Himmel schreit.“

„Nun wissen sie, was sie sind: die Blätter der Oppressionsgruppe in Berlin, des Stadtpfarrers Dr. Nieborowski in Breslau, der Freunde des Dr. Kauffmann und des Oberlandesgerichtsrats Koeren in Köln, die Bischof Korunskis „Petrusblätter“ in Lrier — „Agenturen ausländischer Hezzenzentralen“ sind sie! — Verkündet es Sulus Bachem, auf dessen Feder der Artikel der „Rölnischen Volkszeitung“ mit Sicherheit schließen läßt.

Im übrigen aber irrt Dr. S. Bachem sich selbst in dem Artikel Lügen, indem er auf seine am 8. Juli 1902, also vor genau 10 Jahren, im „Augustinus-Verein zur Pflege der katholischen Presse“ in Düsseldorf gehaltenen Rede hinweist, in der er bereits über die in einem großen Teil der Zentrumspresse übliche „Neigung zu gehässiger persönlicher Polemik“ hinwies, und worin er sagte: „Nur zu oft wird, wenn man sich sachlich nicht zu helfen weiß, zu allerhand Insinuationen gegriffen. Es gibt nichts Bittereres als diese Manier, die übrigens nicht bloß in der Tagespresse sich bemerkbar macht...“

Aus diesen Zitaten ergibt sich, daß die jetzigen wüsten Auswüchse, die die ultramontane Presse füllt, mit der übrigens streng päpstlichen, von katholischen Geistlichen geschriebenen „Correspondance de Roma“ garnichts zu tun haben, sondern daß diese Art der Polemik lediglich die Zentrumspresse seit je eigene Kampfesweise ist. In der von Sulus Bachem gebrauchten Art hat die Zentrumspresse stets gegen ihre politischen Gegner geschrieben; bei den häufigen scharfen Auseinandersetzungen im eigenen Lager verhielten die kirchlichen Pressezeugnisse dann naturgemäß in den gleichen perfiden Stil, den man den Sozialdemokraten und Liberalen gegenüber stets gepflegt hatte.

„In dem gleichen Lage, an dem der Artikel in der „Röln. Volkszeitung“ erscheint, bringt das auf der anderen Seite stehende „Katholische Deutschland“ einen Artikel, worin es heißt: „Wir möchten unsere Freunde warnen, sich von den häßlichen Angriffen der „Röln“ auf das persönliche Gebiet locken zu lassen.“

„Im übrigen ist es eine Krankheit, eine Unvorsichtigkeit größter Art, wenn das Köln. Bademblatt es so hinstellt, als ob die Auswüchse lediglich auf Seiten der „Hyperkatholiken“ begangen worden wären; die beiden Richtungen haben sich da wirklich als „Spek und Schwart von einer Art“ erwiesen.“

Liberaler Umsturz.

Der Unterschied zwischen der englischen und der preußisch-deutschen Monarchie wird in der „Deutschen Tageszeitung“ ziemlich zutreffend dargestellt. Zwar lasse sich, so wird dort ausgeführt, der Durchschnittpolitiker der monarchischen Spitze ganz getraut gefallen, doch solle es ihm nicht ein, sich unter das Gebot eines Monarchen zu beugen.

„In dem Augenblick, wo ein englischer Monarch eine der jeweiligen Parlamentsmehrheit widerstrebende politische Überzeugung durchzusetzen versuchen wollte, würde sich das englische Volk wieder darauf besinnen, wie es die Swarts unter den Willen des Volkes gebeugt hat. Darin liegt der entscheidende Unterschied zwischen der englischen Verfassung und dem deutschen System, daß bei uns die Monarchie nicht der Bewilligung des Volkes ist, sondern neben dem durch das Parlament dargestellten Volkswillen einen selbständigen politischen Willen besitzt...“

„Das agrarische Blatt folgert daraus, daß ein Liberaler, der Deutschland zu einem monarchischen Staate nach englischem Muster umwandeln will, als Monarchist überhaupt nicht mehr anzusprechen ist. Noch deutlicher gelangt Deutschland zu dem Resultat, daß es ein absolutistisch regierter Staat ist, der es zu einem modernen Verfassungsstaat umgestalten will, ist in den Augen der maßgebenden Kreise ein Umstürzler, fast ebenso schlimm wie ein sozialdemokratischer Republikaner.“

Schwarz-Meer-Flottille in Württemberg.

Dem Beispiel der liberalen Parteien Württembergs sind nunmehr auch die dortigen Zentrums- und Konservativen gefolgt; sie haben für die bevorstehenden Landtagswahlen gleichfalls ein Abkommen getroffen. Das Zentrum wird konservativer und Agrarier in einigen Kreisen schon im ersten Wahlgang, unter Berufung auf eigene Kandidaturen, unterstützen. Das Zentrum rechne

mit 21 absolut sicheren Mandaten. Hoffentlich hat es sich hier verrechnet.

Die nächsten preussischen Landtagswahlen.

Der „Post“ wird gemeldet: Die Legislaturperiode läuft am 16. Juni 1913 ab. Soweit bisher bekannt, ist eine Auflösung des Landtages vor diesem Termin nicht beabsichtigt, schon mit Rücksicht auf das Regierungsjubiläum des Kaisers. Die Neuwahlen werden demgemäß, da die Reife Monate dafür nicht günstig sind, kaum vor Oktober 1913 zu erwarten sein. Die Ansicht, daß der Landtag schon bis Ostern (März) seine Arbeiten beenden haben könnte, und die Neuwahlen schon im Mai stattfinden könnten, wird an amtlichen Stellen nicht geteilt. Es ist ganz ausgeschlossen, daß kurz vor dem Regierungsjubiläum des Königs ein Wahlkampf entfacht werden wird.

Wir schwimmen im Gelde.

Es wurde mitgeteilt, daß der endgültige Überschuß des Reiches aus dem Jahre 1911: 249,1 Mill. Mk. betrage. Nach dem „Berl. Vol. Nachr.“ umfaßt diese Summe nur den Überschuß gegenüber der ursprünglichen Etatsaufstellung. Tatsächlich sei er noch erheblich größer, da von den Einnahmen des Jahres 1911 nach dem ersten Plane noch 39 Mill. Mk. zur Deckung des Restes der ungedeckten Matrikularbeiträge von 1909 verwendet werden sollten, tatsächlich aber bereits aus dem Etat von 1910 der größte Teil dieses Postens gedeckt werden konnte, sodaß nur 5 Millionen für 1911 verblieben. Demnach ergab sich für 1911 noch eine Minderausgabe von rund 34 Mill. Mk., sodaß der tatsächliche Überschuß dieses Jahres sich auf nicht weniger als 283,1 Mill. Mk. stellt.

Enttüllungen oder Klatsch?

In der Zeit der Hundstage machen bürgerliche Zeitungen gern in Hintertreppenspolitik und die offiziöse „Nordd. Allgem. Zeitung“ ist dann mit dem Dementieren stark beschäftigt. So erklärt sie gegenüber einer Meinung der Hamburger Halbmonatsschrift „Die Zeitschrift“, deren Herausgeber, Albert Helms, seit Monaten einen lebhaften Kampf gegen die Hamburg-Amerika-Linie, den Norddeutschen Lloyd und die Reichsregierung führt, das Kaiser Wilhelm II. keine Aktien der Hamburg-Amerika-Linie besitze und demzufolge auch keine Entscheidung gegen Emden und den Fürstentumkongern hiervon nicht beeinflusst sein könne.

In der neuesten Nummer seiner „Zeitschrift“ weiß Helms eine Geschichte vom Staatssekretär Tirpitz zu erzählen. Dieser habe vor einigen Jahren, um auf seine iardnische Besitzung zu gelangen, das Anerbieten des Norddeutschen Lloyd angenommen, nach welchem der nach Amerika reisefertige, mit Fracht und Passagieren voll besetzte Dampfer „Hohenzollern“ von Genua nach Neapel den Umweg über Sardinien nahm, um den Staatssekretär dort in einem kleinen Hafen zu landen. Der Dampfer sei auf der nicht ungefährlichen Fahrt in den sardinischen Gewässern, für die er mit seinem Tiefgang nicht gebaut war, gestrandet und später als Wrack für etwa 80 000 Mark an eine italienische Gesellschaft verkauft worden. — Wie eine Korrespondenz hierzu erzählt, sind die dieser Mitteilung zugrunde liegenden Tatsachen wahr — aber das Anerbieten, das der Lloyd Herrn v. Tirpitz machte, hätten auch andere ausländische Gesellschaften dem Staatssekretär gemacht. Daß er sich in diesem Falle für die deutsche Gesellschaft entschied, sei begreiflich.

Die weiteren Ausführungen der „Zeitschrift“ beschäftigen sich mit dem Verhältnis der Regierung zur Firma Krupp. Darin wird gesagt, daß auch diese Firma von der Reichsregierung einseitig bevorzugt werde. Wenn ausländische Staaten mit deutschen Werften und Waffenfabriken Geschäfte abschließen wollten, so bemühe sich die deutsche Diplomatie, diese Geschäfte jedesmal, wenn möglich, der Firma Krupp zuzuführen.

Weiter behauptet Helms, daß der Ministerialdirektor Geheimrat Dr. Lewald, jetzt Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern, private, vertrauliche Schreiben von Schiffsverkehrsinteressen an die Reichsregierung an deren Konkurrenten mitgeteilt habe.

Außer diesem starken Stück veröffentlicht Helms noch Briefe über die Unterhandlungen zwischen großen deutschen Schiffsfahrtsgeellschaften und ungarischen Journalisten, denen von deutschen Schiffsfahrtsgeellschaften für Pressegefalligkeiten Gratifikationen von 20 000 Mark und mehr gezahlt worden sein sollen.

Das sind ja recht nette Sachen, und die offiziöse Dementierpreise wird wohl sofort wieder in Tätigkeit treten.

Rußland.

Es gärt auch unter des Zaren Soldaten. In einer offiziellen Petersburger Mitteilung werden Einzelheiten veröffentlicht über eine Meuterei, die am 14. Juli im Lager des ersten und zweiten Bataillons der Turkestan-Pioniere in der Nähe von Tashkent stattgefunden hat. Die Meuterer, die fast 130 Mann stark waren, beschloßen das Lager. Das Schießen dauerte vom Abend des 14. Juli bis zum nächsten Morgen. Dann war die Ruhe wieder hergestellt. Schützen und Kosaken umzingelten das Lager der aufständischen Pioniere und einwickelten sie. In dem Kampfe waren auf Seiten der treuen Truppen zwei Soldaten getötet, und vier Offiziere sowie 12 Soldaten verwundet worden.

Norwegen.

Eine spießbürgerliche Friedenskomödie.

In den letzten Tagen fand in Christiania der letzte sogenannte skandinavische Friedenskongress statt. Diese Komödie wiederholt sich alle paar Jahre, und die schärfsten Proteste gegen den Militarismus und die fortgesetzten volksansaugenden Rüstungen werden vom Stapel gelassen, die heiligsten Friedensschwüre werden feierlich geleistet, und wenn dann die Kongresse verüber sind, agitieren die Teilnehmer in ihren Ländern für bessere Verleibigungsmaßregeln gegen irgend einen „Erbschind.“ Die meisten Mitglieder der bürgerlichen Parlamentsfraktionen sind auch Mitglieder der Friedensvereine — leider auch sozialdemokratische Abgeordnete — und doch trat gerade in den letzten Jahren in allen drei skandinavischen Ländern ein Rüstungsfieber auf, das

den Völkern ungeheure Summen kostete und neue Steuern en masse forderte. Auch der diesmalige Kongress war die reine Ironie auf die Friedensidee. Schon die Wahl des Präsidenten — der norwegische Abgeordnete Hansen-Flækkejord wurde gewählt — zeigte, daß man es hier gar nicht so ernst mit der Friedensidee meinte; denn dieser Abgeordnete Hansen hat sich noch bei der Beratung der vor wenigen Tagen angenommenen norwegischen Flottenvorlage hervorgetan durch sein Eintreten für diese Flottenvergrößerung, die lediglich im Hinblick auf die schwedischen Rüstungen für notwendig erklärt wurde. Unter diesen Umständen lohnt es sich natürlich nicht, auf die Verhandlungen näher einzugehen, denn der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis, wie er sich bei der Präsidentenwahl zeigte, tritt in allen Beschlüssen mehr oder minder hervor. Es wurde viel geredet über das Recht der Existenz der Kleinstaaten, aber einig wurde man nicht, wie man diese selbständige Existenz schützen und bewahren solle. Man beschloß, sich an das internationale Friedensbureau zu Bern, an die Carnegie-Stiftung und an das internationale sozialistische Bureau zu Brüssel zu wenden mit dem Ersuchen, die Frage aufzuwerfen, ob der wirtschaftliche Boykott gegenüber Nationen, welche durch kriegerischen Überfall das Volksrecht verkehrt haben, oder sich weigern, einer Vermittlung oder einem Schiedsgericht zu unterwerfen, angewendet werden kann und soll. Auch einige gute Reden wurden gehalten, die aber im Stillen viel Widerspruch fanden. So sagte der Bürgermeister von Stockholm, Genosse Lindhagen, daß es nicht genug sei, Rechtsregeln für den Krieg aufzustellen oder nur sukzessive Herabsetzung der Rüstungen zu verlangen. Die Hauptaufgabe sei die Umformung der internationalen Rechtsbegriffe der gegenwärtigen Gesellschaft. Die Kriegsmoral sei vorherrschend und werde es bleiben, solange die kapitalistische Gesellschaft bestehe. Ein anderer Redner wies auf die große Friedensarbeit der Sozialdemokratie hin. Die friedliche Lösung der Marokkokrise sei nicht zum mindesten das Werk der internationalen Sozialdemokratie. Das sozialdemokratische Programm sei an sich überhaupt ein wichtiger Faktor für den Weltfrieden. Natürlich waren solche Reden feurige Kohlen auf den Häuptern der rüstungsbegeisterten „Friedensfreunde“. Hat doch das Organ der Friedensvereine die sozialdemokratischen Abgeordneten angelammelt, weil sie nicht für die vorgeschlagenen Heeres- und Flottenvermehrungen stimmten. Diese Reden bildeten die einzigen störenden Momente in dem süßlichen Friedensgewimmer der bürgerlichen Politiker. Sndem man sie nicht debattierte, glaubte man sie aus der Welt zu schaffen. Um so eifriger beschäftigte man sich mit der Errichtung eines Monuments zur Erinnerung an den nun zirka 100 Jahre dauernden Frieden zwischen Schweden und Norwegen. Daß dieser Friede gerade in den letzten 10 Jahren oft auf des Messers Schneide stand und jetzt noch immer, wie die schwedischen und norwegischen Patrioten zur Begründung ihrer weiteren Rüstungen anführen, stark bedroht ist, hat man ganz vergessen. Auch eine Weltsprache, „zur friedlichen Verständigung der Völker untereinander“, wollen sie schaffen — und was sonst noch für Gespinnste in den Köpfen dieser wunderlichen Heiligen spuken.

Türkei.

Albanien in der Gewalt der Aufständischen.

In Nordalbanien herrschen nach Nachrichten, die in Konstantinopel eingetroffen sind, anarthische Zustände. Im ganzen Sandshank Prizrend sowie in den Kaza Djakova fraternisieren die Truppen mit den Aufständischen. Die Kämpfe zwischen den Truppen und Aufständischen im Haggebiete endeten mit dem Rückzuge der Truppen in der Richtung auf Djakova. Die Verluste der Truppen sollen 300 Tote und Verwundete betragen haben. Außerdem wurden zahlreiche Soldaten entwaftet. Die Garnison von Djakova hat die Forderungen der Aufständischen anerkannt, worauf die Feindseligkeiten eingestellt wurden. Der Kaimakan von Djakova ist geflüchtet. Der Albanesische Kiza-Bey ist in die Stadt eingezogen. Mehrere Offiziere haben sich den Unruhestiftern angeschlossen, die von allen Seiten nach der Ebene von Kosowo eilen, wo eine große Versammlung stattfinden sollte. Die Straße nach Verisowik ist von Albanesen besetzt. Am 20. d. M. hat bei Gernoliva ein heftiger Kampf stattgefunden. Die ganze Garnison von Prizrend hat bis auf 1 Bataillon gemeutert. Der Mutessarif mußte demissionieren. Die Albanesen von Etna marschieren gegen Prizrend. Einem Gerücht zufolge demissionierte der Mutessarif von Spek. An der Grenze der Wilajets Kojowo und Skutari wurden drei Bataillone durch die aufständischen Stämme Grafchi und Garnick unter Führung von Jakob Seronick umzingelt. Die Truppen mußten sich mit 400 Mann ergelien; drei Kanonen und vier Maschinengewehre ergeben. Ein Major wurde von den Aufständischen aufgehängt. Die Deserteure von Nonastir unter dem Hauptmann Tahiar Bei sollen sich nordwestlich von Grafchari befinden. Ihre Zahl soll durch den Zuzug von Räuberbanden und oppositionellen Albanern auf 350 gestiegen sein. Mit ihrer Verfolgung wurde Oberst Kiazin vom 2. Armeekorps betraut, der bereits in Gorika eingetroffen ist. Am 19. Juli fand ein sechsständiger Kampf zwischen Truppen und Aufständischen bei Barbovca am Drin statt. Der Kampf endete mit der Entwaftung von 520 Soldaten und 80 Gendarmen. Die Gendarmen der Ortschaft Gora und Suhateka wurden entwaftet und mißhandelt und mußten schließlich flüchten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mitwoch, den 24. Juli.

Die Eingemeindung der Gemeinden Travemünde, Gneversdorf, Rüdnik, Siems, Herrenwyl, Krenpelsdorf, Borwerk und Moising in die Stadtgemeinde Lübeck bezweckt ein Antrag des Senates an die Bürgerschaft, der vom Bürgerausschuß zur Vorprüfung an eine siebengliedrige Kommission verwiesen war. Diese Kommission hat nunmehr einen umfangreichen Bericht erstattet, in dem sie zu folgendem Refutat kommt: „Für Rüdnik, Siems, Herrenwyl, aber auch für Schlutup und Travemünde mit Gneversdorf erachtet die Kommission die Ein-

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen,

zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.

Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.

Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstrass 46.

General-Versammlung

der
Kranken- und Sterbelaufe
Amicitia G. S. Nr. 18
am Sonnabend, den 27. Juli 1912
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
Abrechnung vom 1. Halbjahr 1912.
Wahlen. Verschiedenes.
Der Vorstand.
2108)

Deutscher

Transportarbeiterverband

Ortsverwaltung Lübeck.

Schiffer, Meister,
Schuten- u. Decksleute!
Versammlung

Donnerstag, 25. Juli

abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
Bericht der Lohnkommission.
In dieser Versammlung müssen
sämtliche Kollegen erscheinen.
2172) Der Vorstand.

Freie Jugend Lübecks.

Sonntag, den 28. Juli:
Bewegungsspiele im Freien.
Abmarsch präzis 8 Uhr
von der Burgtorbrücke.
2175) Der Jugendausschuß.

Konzerthaus Fünthausen.

Heute Mittwoch:
Großes Tanzkränzchen.
Freitag auch
Tanzkränzchen.
2167 W. Ness.

Zentral-Hallen

Dankwärdigrube 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr.
Ende 12 Uhr.
108)

Verein der Frauen und Mädchen für Stockelsdorf und Umgeg.

Sommertest
verbunden mit
Preisregeln für Herren,
Preispielen für Frauen
sowie für Kinder
am Sonntag, dem 28. Juli 1912
in F. L. Paetaus Gesellschaftshaus,
Fackenburg.

Preisregeln Anfang 10 Uhr.
Kinderball von 5 bis 7 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
Damen 20 Pfg., wofür Garderobe,
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.
2168 Das Komitee.
NB. Die umliegenden Vereine
sind auch freundlichst eingeladen.

Hansa-Theater.

Dir. R. Gollbach. Tel. 610.
2174 Anfang 8 1/2 Uhr.

Nummer 69
„Cousin Pampulette“
Wo ist die Hose?
Fräulein Tantalus.
Vorverkauf bei Sager.

Lübecker Straßenbahn. Bekanntmachung.

Auf der Schwartauer Linie werden bis auf weiteres versuchsweise nachstehende Sonderwagen eingelegt:

Abfahrt Markt Lübeck: 6 Uhr 55 Minuten morgens 8 Uhr 30 Minuten abends. S a b e c f, den 23. Juli 1912.	Abfahrt Markt Schwartau: 7 Uhr 28 Minuten morgens 11 Uhr 10 Minuten abends. (2165)
--	---

Die Betriebsverwaltung.

Freiwillige Feuerwehr Vorwerk.

Zu dem am Sonntag, dem
28. Juli, stattfindenden
Sommertest
im Konzerthaus Friedrichshof
ladet ergebenst ein
2176) Der Vorstand.

Dr. Schlomer verweist. (2156)

Komitee- und
Kommissionssitzungen

Transportarbeiter.

Vorstandsitzung
Donnerstag abend 8 Uhr präzis.
2 Poggis zu vermerken. 2169
Schwartau, Auguststr. 5, I.
Zum 1. Oktober eine 2-Stunden-
Wohnung mit Zub. z. verm. (2170)
Hoh. Knechtstr. 25.

Kinderwagen u. Gummireifen

(Springreifen) zu verkaufen.
2177 Datumstr. 20c. I.

Plakate

betz.
Verordnung des Medizinal-
amts vom 11. Juli 1910
bezügl. Feilhalten von Nah-
rungs- und Genussmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg.
per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksh.
Johannisstraße 46.

Johannes Holst
Kohlmarkt 6 und Markt 6.
Spezialia: Arbeitergarderoben.
Meine Hauptpreislisten sind:
gefr. Leder-Hosen 2.45 2.95 3.65
4. — 4.75
blaue Pilot-Hosen 2.45 2.95 3.35
5.69) 4.45 5.20 5.95
Pilot-Schnittbosen 4.95
Schleierhosen 1.40 1.75 2.40
Schleier-Jacken 1.50 1.95
2.40
Manchester-Hosen 4.85 5.50
6.95 8.75
Manchester-Schnittbosen von
M. Mosberg 8.00
Maurer- u. Zimmerer-Hosen von
M. Mosberg zu Original-Preisen.
Rajen 1.25 1.48 1.75 1.95 2.25
einzelne Westen in Duffeln,
Zwirn, Leder und Manchester
1.95 2.10 2.25 2.35 2.55 3.00
Mützen 30 55 58 75 88 100
blaue Jagdhund-Mützen 78 88
110 125 135 185 200
mit echtem Lederjourn
1.25 1.75 2.00
Maurerhosen Paar 45 50 Pfg.
Reite Rabattmarken.

**Carl Folkers
Möbelmagazin**
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
100) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmermöbel stets vorräthig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Sche rote Labern-Rabattmarken.



Kinder-
mehl
Kranken-
kost
Hervorragend bewährte
Nahrung.
Die Kinder gedeihen
vorzüglich dabei
u. leiden nicht an
Verdauungsstörung.

Sehr schöne frische
II. Sorte Meierei-Butter
pro Pfund 1.25 Mk., empfiehlt
Th. Storm Nachf.,
Königstraße 98. 2178 Fernruf 473.

Triakt
Buntekuh-Kümmel
1703) Panzpfkorn-
Brennerei Buntekuh.

Von **Friedr. Gerstäckers**
gesammelten Werken
empfehlen wir allen Lesern einer guten Unter-
haltungslektüre nachbenannte Romane und Er-
zählungen

Im Busch. Regulatoren in Ar-
kansas. Streif- und Jagdzüge
in Nordamerika. Gold, kali-
fornische Erzählung. Im Eck-
fenster. General Franco. Unter
dem Aequator. Die Kolonie,
brasilianisches Lebensbild. Der
Kunstreiter. Fluchpiraten des
Mississippi. Aus zwei Welt-
teilen u. a. m.

Sämtliche Bände sind schön gebunden und illu-
striert zu dem billigen Preis von nur Mk. 1.30 pro
Band durch unsere Buchhandlung zu beziehen.
Friedr. Meyer & Comp.
Johannisstraße 46.

Der Dreiklassenstaat.

Das Dreiklassenwahlrecht ist auf dem preußischen Sunkerboden gewachsen, kraft der Nichtbeachtung einer klaren Verfassungsbestimmung. Die Zahl der wahlberechtigten Urwähler, getrennt in die drei Abteilungen und im ganzen, für die Jahre 1849, 1866 und 1908 zeigt die folgende kleine Zusammenstellung, sie ist der Schlüssel zu der schändlichen Ungerechtigkeit des Dreiklassenstaates Preußen und seines Wahlsystems.

Es entfielen Urwähler in den Jahren

auf die Abteilung	1849	1866	1908
I	153 808	152 808	293 402
II	409 945	448 876	1 065 240
III	2 691 950	3 034 943	6 324 079
I, II und III	3 255 703	3 636 627	7 682 721

Im Jahre 1908 waren also wahlberechtigt in der ersten Klasse rund 293 000 Personen, in der zweiten 1 065 000 und in der dritten, der Proletenklasse 6 324 000! Unter 1000 Einwohnern waren 1849 rund 10 in der ersten, 25 in der zweiten, 167 in der dritten Klasse, zusammen also 202 Personen wahlberechtigt. Für 1908 ergibt sich ein anderes Bild. Insgesamt waren unter 1000 preußischen Einwohnern zwar 206 wahlberechtigt, also einige mehr als 1849, davon gehörten aber in die I. Klasse nur noch 8, in die II. 29 und in die dritte dagegen 170!

Viel charakteristischer holt aber die ganze Niederträchtigkeit des Dreiklassensystems eine Verhältnisberechnung heraus, welche diejenigen nach Klassen einteilt, die wirklich gewählt haben. Wieder für die drei oben genannten Jahre ergibt sich da das folgende Bild:

I. Klasse	5	4	4
II. Klasse	13	12	14
III. Klasse	82	84	82

Im Jahre 1908 hatten vier Wähler der ersten Klasse im Landesdurchschnitt ebensoviel Wahlrecht wie 82 Wahlberechtigte der dritten Abteilung!

Die Häufung der Ungerechtigkeiten beginnt aber damit erst. Neben der Dreiklassenabteilung bietet noch die Bildung von Urwahlbezirken und vieles andere die günstige Gelegenheit, Duzende von Kleinigkeiten zu gunsten der Reaktion umzuwenden und umzumodeln.

Bekanntlich werden die Urwahlbezirke aus Gebieten mit 750 bis 1749 Seelen zusammengestellt; sie wählen je nach ihrer Größe 3, 4, 5 oder 6 Wahlmänner. Die Drittelung aller Wahlberechtigten eines Urwahlbezirks erfolgt nach der von oben beginnenden Dreiteilung des Gesamtstimmwertes aller dieser Wahlberechtigten. Wer keine Steuer zahlt, wird mit 3 Mk. in Berechnung gestellt. Dabei passiert es — dies sei nur nebenbei erwähnt —, daß in dem einen Urwahlbezirk ein Dreimarkmann in der ersten Klasse mitwählt, in dem anderen ein Mann mit 30 000 Mark noch in der dritten Klasse steckt. Am allercharakteristischsten ist aber, daß wir in Preußen im Jahre 1908 zusammen 2 214 Urwahlbezirke hatten, wo nur ein Wähler die ganze I. Abteilung ausmachte, also zum mindesten für sich allein einen Wahlmann zu wählen hatte. Erklärt sich mit zwei Wahlmännern für sich allein gab es 1703. In der 2. Abteilung sind immer noch 95 Urwahlbezirke mit einem Wahlmann und 136 mit zwei solchen durch einen Wähler zweiter Klasse zu erklären! Von den rund 29 000 preußischen Urwahlbezirken des Jahres 1908 wurden also über 4000 so eigenartig, daß in ihren ersten resp. zweiten Abteilungen li e-

haupt nur ein Wähler vorhanden war. Mit anderen Worten

4 148 Wähler erster und zweiter Klasse wählten 49 87 Wahlmänner, 667 955 Wähler (Provinz Brandenburg ohne Berlin) dritter Klasse wählten 4387 Wahlmänner!

Hier sind die Alleinkläppler ganz Preußens einer der wichtigsten Provinzen Preußens, resp. der innerhalb ihrer Grenzen in der dritten Klasse wählenden gegenübergestellt. Das Wahlrecht der ersteren wog 4987 Wahlmännerstimmen, das der letzteren nur 4387, dafür wählten dort nur 4148 Wähler, während hier nahezu 700 000 wählten!

Diese schandbaren Gegenätze lassen sich ins Beliebig vermehren. 3. B. in den Städten der Rheinprovinz wählten 1908 insgesamt 604 945 Männer in der dritten Klasse 4238 Wahlmänner, in der Provinz Schlesien wählten in der dritten Klasse 800 388 Männer 5996 Wahlmänner, in der Provinz Sachsen wählten 510 147 Wahlberechtigte der dritten Klasse insgesamt 3632 Wahlmänner usw. usw. Die tatsächliche Wahl ist in ihrer Wirkung aber noch viel schlimmer. Bei unseren Vergleichen wurden die Wahlberechtigten gegenübergestellt. Selbstverständlich gingen nur ein Teil zur Wahl, die Zahl der Wahlmänner ändert sich dadurch allerdings nicht, es darf aber auch nicht vergessen werden, daß die Wahlbeteiligung in der dritten Klasse viel, viel geringer ist als in der ersten. Des näheren erläutert das die folgende Zusammenstellung:

Es wählten unter 100

im Jahre	I	II	III	überhaupt
1849	55	45	29	32
1861	56	42	23	27
1866	60	47	28	30
1898	46	31	16	18
1908	53	43	30	38

Im Jahre 1908 wählten also unter 100 Erstkläpplern 53, unter den Wählern der zweiten Abteilung 43 und von den Wahlberechtigten der dritten 33! Dabei muß beachtet werden, daß seit den Sturmjahren von 1848—1849 solch hohe Beteiligungsziffer in der dritten Klasse nie mehr möglich war. Freuen wir uns dessen, es kann uns als gutes Zeichen gelten! Hauptsache bleibt aber, daß diesmal auch der letzte Wähler dritter Klasse an die Urne geht, damit die preußische Regierung ihre Feinde zählen kann! Bis jetzt lebt sie immer noch in der Einbildung, daß sie Zeit habe mit der Wahlreform; 1912 soll sie eines anderen befehlen!!

Preussisch-Russisches.

Die Maßregelung eines Mediziners wegen sozialistischer Umtriebe hat die Landesversicherungsanstalt Schlesien aus Anlaß der letzten Reichstagswahlen vorgenommen. Die Einzelheiten dieser Affäre werden erst jetzt durch einen Prozeß bekannt, den der Gemäßregelte, Herr Medizinal-Praktikant Hagelberg aus Weimingen gegen den Vorstand der Anstalt angestreift hat. Dieser Herr wurde nämlich am 21. Dezember 1911 mittels folgenden Schreibens ohne Kündigung entlassen:

Breslau, den 21. Dezember 1911.

Nachdem festgestellt worden ist, daß Sie im Verkehr mit den Assistenzärzten sich zur sozialdemokratischen Partei bekannt haben, werden Sie mit dem heutigen Tage aus Ihrer Beschäftigung als Medizinalpraktikant am Krankenhaus entlassen.

Fehr. v. Richtigofen.

Herr Med.-Praktikant Martin Hagelberg, hier.

Eine Vernehmung des Gemäßregelten, eine Möglichkeit der Verteidigung, kurz irgend ein Ermittlungsverfahren, von dem der Hinausgeworfene Kenntnis gehabt hätte, ging der Maßregelung nicht voraus, und auch sein Zeugnis, in dem ihm „Eifer und sichtlich Interesse für seine ärztliche Aufgabe“ nachgerühmt wird, enthält nur den trockenen Passus, daß Herr Hagelberg „auf Veranlassung des Herrn Vorsitzenden des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt ohne Innehaltung der Kündigungsfrist entlassen werden mußte.“ Sonst kein Wort der Begründung!

Herr Hagelberg nahm die Maßregel aber nicht stillschweigend hin, sondern verklagte die Versicherungsanstalt auf den entgangenen Gehalt, Kostenentschädigung und Ausstellung eines anderen Zeugnisses, wobur er endlich die fünf Todsünden erfuhr, denen er sich schuldig gemacht hatte. Danach war er von einem Assistenzarzt Dr. Steneynski, der zugleich Reserveoffizier ist, dem stellvertretenden Chefarzt Dr. Hahn, der gleichfalls Reserveoffizier ist, wegen folgender Äußerungen denunziert worden: 1. Im Falle eines Krieges müßte die Mobilmachung durch einen Generalkriegshilfsführer (Hagelberg) würde gern den Wahlschlepper für die rote Partei machen. 2. Die Pfleglinge der Anstalt müßten die Lektüre der „Volksmacht“ genehmigt erhalten (die ihnen jetzt verboten ist). 3. In der Station müßten sozialdemokratische Wahlflugblätter verteilt werden und 5. hat Herr Hagelberg sogar zugegeben, eine sozialdemokratische Versammlung besucht und den Abgeordneten Bernstein kennen gelernt zu haben! Daraus schloß der Herr v. Richtigofen und der Vorstand der Landesversicherungsanstalt, daß Herr Hagelberg nicht mehr würdig sei, am Krankenhaus zu praktizieren! Denn erstens können die anderen Ärzte — die Reserveoffiziere — mit diesem Umstürzler nicht mehr dienstlich verkehren und nicht mehr essen (!), zweitens kann der Mensch eine Propaganda unter den ohnehin stark sozialdemokratischen Pfleglingen versuchen — er war in der Frauen-Station! — und solche „landesverräterische, revolutionäre und sozialdemokratische“ Gesinnungen könne eine „öffentliche Behörde“ nicht dulden. Der Gemäßregelte macht demgegenüber nur geltend, daß er überhaupt nicht Sozialdemokrat ist, die Denunziationen unwahr seien und nur die Geschichte vom Besuch der sozialdemokratischen Versammlung und der Unterhaltung mit Bernstein ihre Richtigkeit habe. Das Amtsgericht Breslau hat in erster Instanz dem Herrn Hagelmann auch recht gegeben, es hat keinen ausreichenden Grund zur Entlassung vorgefunden und den Denunzianten folgendes ins Stammbuch geschrieben:

Der Umstand, daß jemand in sachlicher Weise, ohne die Grenzen des Anstandes und die gesellschaftlichen Formen zu verletzen, abweichende politische Ansichten äußert, bildet keinen notwendigen Grund, den persönlichen Verkehr mit ihm abzubrechen. Für die Annahme, daß der Kläger seine Ansichten in irgend einer den Zwecken des Krankenhauses zuwiderlaufenden Weise betätigen, insbesondere unter den Pfleglingen sozialdemokratische Propaganda treiben würde, lag ein tatsächlicher Anhalt nicht vor.

Mit dieser Abfuhr gibt sich der Freiherr v. Richtigofen aber nicht zufrieden und die Sache kommt nun vor dem Landgericht Breslau zur weiteren Entscheidung.

Es ist das Geld der sozialdemokratischen Beitragszahler, das der Vorstand der Versicherungsanstalt verwalte! Er scheut sich nicht, es von den „Roten“ einzuziehen, auch die Reserveoffiziere stecken es ein, aber ein im Verdachte dieser Befehlsverweigerung stehender Kollege muß terrorisiert werden. Das ist preussische Gewissensfreiheit!

Aus der Partei.

Wer ist schuld? Die West-„Arbeiterzeitung“ hatte behauptet, daß im Herrschaftsgebiet der „Berliner“ die Sozialdemokratie rascher wachse als dort, wo die christlichen Gewerkschaften dominieren. So hätten sich im Wahlkreis Trier in einer Reihe Ortschaften, in denen es keine christlichen Gewerkschaften gebe, die sozialdemokratischen Stimmen um mehr als 100 Proz. vermehrt, während in Orten des Kreises Saarbrücken, die Hochburgen der christlichen Gewerkschaften seien, die sozialdemokratischen Stimmen zurückgegangen seien.

davon zum Geschenk machen. Ist es recht und billig von Ihnen gehandelt, sich selbst zu berauben?

„Aber es bleiben mir ja noch zwei Häuser, die zusammen eine Jahresmiete von siebzig Pfund abwerfen. Und dann habe ich ja noch meine zweitausend Pfund, die im Jahre achtzig Pfund Zinsen tragen. Ich bin reich, für einen einfachen Tischler viel zu reich.“

„O!“ rief sie aus, „ist es nicht unser Pflicht, Ihre Gaben anzunehmen! Wie aber sollen wir Ihnen unsere Dankbarkeit beweisen?“

„Ich wünsche keinen Dank!“ entgegnete Harry. „Ich habe in diesem Hause soviel glückliche Stunden verlebt, daß es nicht an Ihnen, sondern an mir ist, meine Dankbarkeit zu zeigen.“

„Danke“, sprach sie und reichte ihm ihre Hand, die er an seine Lippen führte wie jemand, der schon für kleine Gunstbeweise erkenntlich ist und sich daran genügen läßt.

Im Empfangszimmer wollte außer Harry und Angela niemand. Das Feuer im Kamin war dem Erlöschen nahe und nur die Lampe verbreitete einen schwachen Schein. Angela saß in ihrem Sessel und hielt ihr Gesicht von Harry abgewandt. Ein gewaltiges Liebessehnen regte sich in dem jungen Mannes Brust und wenig hätte gefehlt, so wäre er vor ihr auf die Knie gesunken, um ihr seine Leidenschaft zu gestehen. Sie empfand die Gefahr, empfand sie umfomehr, als sie selbst tief in ihrem Innern bewegt war. Wie geringfügig erschien ihr, was sie den Mädchen aus ihrem Überfluß gegeben, im Vergleich zu dem, was er aus seinen geringen Mitteln geopfert hatte! Ihre Augen füllten sich mit Tränen. Dann sprang sie auf und reichte ihm von neuem ihre Hand.

„Vergessen Sie nicht, was Sie versprochen haben“, bat sie.

„Mein Versprechen? O! wie lange noch —“

„Geduld“, versetzte sie. „Nur noch ein klein wenig Geduld —“

„Vergeben Sie mir“, sprach er und küßte ihre Hand, „vergeben Sie mir.“

„Es ist Zeit zum Gehen“, mahnte sie, die Uhr schlägt elf.“ Sie blähten die Lampen und schritten hinaus. Es war eine klare, hellere Nacht.

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant, von E. Dewitt.

(28. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Abgemacht also: Unter dieser Voraussetzung nehme ich alles zurück, was ich dir nachgesagt habe, Nefte, und wir können wieder gute alte Freunde sein. Einverstanden?“

„Nur zu“, entgegnete Harry und stürzte förmlich zur Tür hinaus, da er nicht ohne Grund fürchtete, daß sein Onkel ihm noch weitere Zugeständnisse abringen werde, wenn er noch länger bliebe.

„Es war ein schrecklicher Schlag!“ Der alte Mann setzte sich von neuem vor den Schreibtisch und trocknete sich den Angstschweiß von der Stirn. Wars zweitausend Pfund! Aber es hätte noch schlimmer, weit, weit schlimmer ausfallen können. Alles in allem ist die Sache glimpflich abgelaufen, als sich nach seiner Antikündigung, daß er im Besitze der Papiere sei, erwarten ließ. Der Junge ist doch ein Rindvieh — in der Tat ein Riesenrindvieh. Im Laufe der Jahre habe ich an den Häusern mit Zins und Zinseszins Hunderttausend Pfund verdient, und dieser Fingling erklart sich mit einer Abfindung von zweitausend Pfund einverstanden. Ich habe da kein schlechtes Geschäft gemacht und bin zudem die Angst vor Entdeckung los, die mich seit der Rückkehr dieses frechen Burschen unangenehm quälte. Nun, ich bins zufrieden; der Verlust der Häuser wird mir nicht meinen Schlaf rauben. Früher oder später bekomme ich sie doch zurück.“

Am Abend suchte Harry wie gewöhnlich das Empfangszimmer der Genossenschaft auf, blieb aber noch sitzen, als sich die Mädchen bereits entfernt hatten.

Wünschen Sie mir Glück, begann er, sobald er sich mit Angela allein befand. „Der arme Waisenknaabe ist nämlich ganz wie in Märchen und alten Geschichten, über Nacht in den Besitz einer Erbschaft gelangt und steht nun als vermöglicher Mann vor Ihnen.“

Angela erblachte, sah sich jedoch wieder, als er ihr den Betrag des Erbes nannte.

„Es ist eine ungewöhnlich romantische Geschichte“, erklärte Harry. „Wenn ein Erbe nach vielen Jahren entdeckt

wird, ist er sonst immer von hoher Abkunft, der Sohn eines Fürsten oder Grafen, während ich zur Abwechslung der Sohn eines Sergeanten bin. Und kaum habe ich mich von dem Schlag erholt, so mache ich die weiters Entdeckung, daß mir drei Häuser und zweitausend Pfund Sterling gehören. Hat es schon je zuvor einen Arbeiter gegeben, der zweitausend Pfund sein eigen nannte? Allerdings kannte ich einmal einen Gärtner“, fuhr er nachdenklich fort, „dem durch Erbschaft hundert Pfund in den Schoß fielen. Kunde hundert Pfund, wie er sagte. Aber die Herrlichkeit dauerte nicht lange, das Geld fand seinen Weg in die Wirtschaften und der Erbe in das Säuerhospital, aus dem er entlassen wurde, um wieder seiner Alltagsarbeit nachzugehen und sich den Mäßigkeitaposteln anzuschließen. Läßt sich mit diesen zweitausend Pfund nicht etwas besonderes für die Mädchen tun?“

„Erzählen Sie mir“, sprach Angela, „wie Sie zu dem Erbe gekommen sind.“

Er berichtete nun die ganze Geschichte und ahnte dabei mit vielem Geschick seinen Onkel Bunker nach — dessen Born, Schreck, Flehen und kühle Berechnung bei dem Abschluß des Ausgleichs.

„Als vermöglicher Mann werden Sie natürlich nicht länger in der Brauerei arbeiten wollen?“ bemerkte Angela. „Wozu raten Sie?“

„Ich mag keinen Menschen müßig sehen, und —“ sie zögerte ein wenig, „insbesondere nicht Sie.“

„Danke“, entgegnete Harry, „ich bleibe also. Die Frage, was ich mit dieser Riesensumme von zweitausend Pfund anfangen werde, mag einstweilen offen bleiben, dagegen bin ich hinsichtlich dieses Hauses zu einem Entschluß gelangt und bitte um geneigtes Gehör, o Königin aller Kleiderkünstlerinnen. Sie zahlen Bunker eine Jahresmiete von fünfundsiebzig Pfund, wodurch der Gewinn der Genossenschaft ganz erträglich vermindert wird. Ich habe nun vor, wenn Sie damit einverstanden sind, das Haus der Genossenschaft zu übergeben, so daß Sie keine Miete mehr zu zahlen haben würden.“

„Das ist ein äußerst großmütiges Angebot. Ist es Ihnen wirklich Ernst damit, der Genossenschaft das Haus ohne alle und jede Gegenleistung zu schenken?“

„Wenn Sie es annehmen wollen?“

„Sie haben nur diese Häuser und wollen uns das beste

Nicht Unwissenheit, sondern Bosheit sei die Ursache bei den „Berliner“... Während wendet sich die „Trierer Landeszeitung“ gegen diese pharisäische Kampfweise. Sie schreibt, es sei nicht wahr, daß es in den betreffenden Orten des Trierer Wahlkreises keine christlichen Gewerkschaften gebe. Das Saarbrücken anlangend, so hätten die Sozialdemokraten in keiner einzigen „Hochburg der christl. Gewerkschaften“ auch nur eine Stimme verloren, gestiegen sei aber ihre Stimmzahl in den „Hochburgen“ Dudweiler von 85 auf 196, Herrenlohr von 12 auf 38, in Wütlingen von 46 auf 88, also um 26 bis 217 Proz. In Trier seien die Stimmen der Roten seit 1907 um 88 Proz., in Saarbrücken aber um 42 Proz. gestiegen. Bei dem Scheinmündler der „W. A. Z.“ handle es sich um nichts anderes als um eine Fortsetzung des Verdrüßlichkeitsfeldzuges der „Kölnischen Volkszeitung“. Es scheine Epitaph in der Sache zu liegen, den Bezirk Trier zu verdrängen. In Wirklichkeit schützt natürlich weder Trier-Berliner noch M.-Glabbacher Lymphe gegen das rote Gift; wenn es in den Domänen der Schwarzen noch langsam vorwärts geht mit der Sozialdemokratie, so liegt das lediglich an der von der Kaplanstrategie in ein bewundernswertes System gebrachten Absperrung der Bevölkerung gegen die rote Literatur, die naturgemäß nur langsam durchdringt werden kann. Aber vorwärts gehts, denn wir zählten rote Stimmen:

	1898	1907	1912
Trier	289	975	1346
Saarbrücken	710	2922	4157
Saarburg	143	408	1112
Ditweiler-St. Wendel	112	571	1627

Eine Kreisbesprechung des 7. badischen Reichstagswahlkreises beschloß, dem deutschen Parteitag zur Reorganisation der Partei den Vorschlag zu machen, aus jedem Landesteil mögen dem Parteitag 3 Parteigenossen für den Parteiausgleich zur Wahl gestellt werden, so daß dieser gewählt und nicht nur ernannt wird. Weiter sprach sich die Konferenz gegen die geplante Aufhebung des mittelbadischen Parteisekretariats aus und tadelt, daß im Organisationsstatutentwurf nicht die Einberufung sogen. Landeskonferenzen durch den Landesvorstand vorgesehen ist, durch welche dem Parteitage vorgearbeitet werden könne.

Gewerkschaftsbewegung.

Holzarbeiterstreik in Wiskau i. S. In Wiskau in Sachsen haben die organisierten Holzarbeiter der Firma Aug. Koppermann am 20. d. M. wegen Nichterfüllung des mit dem Holzarbeiterverband abgeschlossenen Vertrages die Arbeit eingestellt. Am 15. Juni mußte laut Vertrag neben einer Stunde Arbeitszeitverlängerung pro Woche ein Lohnaufschlag von 2 Pfg. erfolgen. Von einigen Fällern abgesehen hat die Firma diese Bedingungen erfüllt, jedoch am ersten Schichttag den 21. Juni einer Anzahl Arbeiter mit der Begründung gekündigt, daß diese die vertragliche Lohnzulage nicht verdienten. Bei den Verhandlungen, die mit der Firma im Beisein der beiderseitigen Organisationsvertreter geführt wurden, erklärte sie, daß nach ihrer Auffassung der Vertrag durch die einmalige Auszahlung der vertraglichen Lohnzulage erfüllt und sie berechtigt sei, alle diejenigen zu entlassen, die nach ihrer Meinung die Zulage nicht verdienten. Es bedarf wohl keiner näheren Beweisführung, daß gegen eine derartige Auslegung bzw. Umgehung von Tarifverträgen mit aller Entschiedenheit angefaßt werden muß. Sonderbarerweise hat der Vertreter des Industrie-Schlichterverbandes die Auffassung der Firma gebilligt. Der Kampf scheint demnach ein harter zu werden und wird daher ernstlich den Bezug von Holzarbeitern aller Branchen streng fernzuhalten.

Der Streik in den Steinzeugwerken Friedrichsfeld in Baden ist abgebrochen worden. Der Erfolg ist ein geringer. Verschiedene Vorkommnisse riefen dazu, nach siebenwöchentlicher Dauer den Kampf abzubrechen. Der Direktor war es unter großen Anstrengungen gelungen, aus Hamburg 60 Hingegardisten und außerdem aus dem Danewald 90 und aus Lutzburg 20 Arbeitswillige heranzuschleppen. Über die Obenwälder Arbeitswilligen wird berichtet, daß diese Leute einen völlig unwillkürlichen Eindruck machten; diese Elemente kamen aus hochschulpflichtiger Gegend und haben keine Ahnung von den Kämpfen der Arbeiter. Diese gesamten Arbeitswilligen dienen dem Betrieb wohl eigentlich mehr als Stofflage, um den Mut der Ausständigen zu brechen. Die Streikbrecher waren sämtlich im Bereiche interniert; es war ihnen streng verboten, die Werke zu verlassen. Trotzdem verließen eine Gruppe der in Gefangenschaft gehaltenen Arbeitswilligen am Abend des 13. Juli heimlich über die Umzäunung hinweg den Betrieb, um einige Wirtschaften aufzusuchen. Die Wirtin lehnte jedoch die Bewirtung der wenig guttauen erwerbenden Gäste ab, und schließlich kam es auf noch nicht angeklärte Weise zu einer turbulenten Szene, wobei die Arbeitswilligen in bekannter Weise ihre Revolver knallen ließen; schließlich erhielt einer der übrigen einen lebensgefährlichen Stich in den Leib, so daß er in schwererem Zustand ins Krankenhaus nach Heidelberg eingeliefert werden mußte. Dieses Vorkommnis war selbst-

verständlich Wasser auf die Schaufmachermühlen. Die nationalliberale „Badische Landesztg.“ schob sofort die Schuld an dem noch garnicht aufgeklärten Vorfalle den Ausständigen in die Schuhe. Sechs Streikende wurden im Laufe der nächsten Tage in Haft genommen, jedoch verlautet über die Untersuchungen nichts Bestimmtes. Bezeichnend aber ist, daß am 17. Juli zwei Hingegardisten in Ketten geschloßen nach Mannheim eingeliefert wurden, so daß die schon anfänglich gehegte Vermutung kaum gewinnt, daß die schwere Verletzung der nach Heidelberg transportierten Arbeitswilligen bei einer Rauferei mit seinen Bestimmungsgenossen entstanden ist. Alle diese Vorkommnisse veranlaßten die Streikenden, wiederholt zu dem Streik Stellung zu nehmen und dann zu dem Beschluß zu kommen, den Kampf abzutreten. Der sekundäre Erfolg der Bewegung ist nicht groß, jedoch auch die Steinzeugwerke haben bei diesem Kampf keine Vorbeeren geerntet. Jedenfalls hat auch ihnen dieser Streik große Geldkosten verursacht, und sie dürften daraus die Lehre ziehen, zukünftig den Arbeitern doch ein größeres Outingentommen zu zeigen. Die Wiedereinstellung der Ausständigen dürfte glatt vonstatten gehen. Die meisten Raufereichen werden als nunmehr unbrauchbar entlassen, und die Hingegardisten sollen zum Teil schon wieder anderweitig in gleicher Weise „engagiert“ sein. Außerdem bieten die in der Nähe befindlichen Bahnbauten Arbeitsgelegenheit. In den Werken selbst ist die Arbeit am 22. Juli wieder aufgenommen worden.

Soziales.

Eine Warnung vor Landhaaien. Trotz Stellungsbereitungsgeßes und aller möglichen Polizeiverordnungen treibt das moderne Landhaientum nach wie vor sein Unwesen und beutet namentlich im Binnenlande ahnungslose feilschige Leute auf feinere Art aus. Nachstehendes hektographierte Schreiben mag das Raffinement beleuchten, mit dem diese Landhaie ihre Opfer ins Garn zu locken verstehen. Es ist gerichtet an einen Herrn Albert Möhler und hat folgenden Wortlaut:

„Internationales Schiffsahrts-, Informations- und Reisebureau. (Zentrale: Berlin.)“

Auf Ihre Offerte teile ich Ihnen folgendes mit: Das Heuerbureau des Norddeutschen Lloyd in Genua beauftragte mich, für den 7000 L. großen Passagierdampfer „S. S. Prinz Heinrich“, welcher zwischen Genua-Lunis-Maxandrien verkehrt, vier Matrosen zu einer monatlichen Feuer von Mk. 72 zu heuern! Die Reise bis Genua müssen Sie selbst zahlen und kosten 33 Mk., nach vier Monaten wird die freie Rückreise gewährt. Die Uniform wird geliefert unter bekannten Bedingungen. Die Abreise hier erfolgt am Donnerstag! Wenn Sie Interesse haben, sprechen Sie bei uns sofort vor! Hochachtung Schiffsahrtsbureau.

Der Seemann richtete an den Norddeutschen Lloyd die offene Anfrage, was es mit dieser merkwürdigen Arbeitsvermittlung für eine Bewandnis habe, ob er wirklich mit diesem geheimnisvollen „Schiffsahrtsbureau“ in geschäftlichen Beziehungen steht bzw. gekannt hat. Unser Bremerhavener Parteiblat erhielt nun vom Lloyd die Mitteilung, daß der Norddeutsche Lloyd mit diesem Berliner „Schiffsahrtsbureau“ niemals in Verbindung gekannt hat noch steht und daß demzufolge das Bureau vom Lloyd auch nicht zur Anmusterung von Mannschaften beauftragt sei. Danach scheint sich das Bureau der Firma des Lloyd lediglich als Lockmittel bedient zu haben.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Lebnzprozess. Gegen den Redakteur der anarchistischen Zeitschrift „Der freie Arbeiter“ hatte am Montag die I. Ferienkammer des Landgerichts I in Berlin eine Anklage wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Geßes und Aufreizung zum Klassenhaß zu veranlassen. Angeklagt war der Redakteur Berthold Cahn, welcher die Nummer vom 27. April d. J. des „Freien Arbeiters“ verantwortlich gezeichnet hatte. In dieser waren zwei Artikel „Die Rauferei“ und „Die Revolution lebt“ von Herwegh enthalten, deren Inhalt nach Ansicht der Anklage Vergehen gegen die §§ 110 und 130 enthielten. Nach längerer, unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführter Verhandlung beantragte der Staatsanwalt 6 Monate Gefängnis, da es sich um „recht gefährliche Gesartikel“ handelte. Das Urteil lautet auf zwei Monate Gefängnis.

Deutsche Spionage in England. Nach einer Meldung aus Edinburgh wurde dort wegen Spionage der Deutsche Armgard Karl Grandes zu achtzehn Monaten Gefängnis verurteilt. Seine Tat bestand darin, daß er sich einen Telegraphen-Code verschafft haben soll, um damit Mitteilungen über die britische Flotte und die Landesbefestigungen zu verbreiten.

Aus Nah und Fern.

Ertrunken. Wie die „Schlesische Zeitung“ aus Ratibor meldet, ist ein Gefreiter der Gleimiger Mannen bei Brückenarbeiten in der Oder ertrunken.

Siebesdrama. Der 23jährige Unteroffizier des 61. Infanterieregiments Anton erlösch in Breslau nachts seine Braut, die Verkäuferin Winter in ihrer Wohnung. Hierauf erschoss sich Anton mit seinem Dienstgewehr selbst. Der Grund ist unbekannt.

Familien-dramen. In Dresden-Neustadt hat sich die 35jährige Weinrubendeßigerin Jul mit ihren beiden Kindern im Alter von sechs und acht Jahren wegen schlechter Vermögensverhältnisse mit Leuchtgas vergiftet. Ihr Mann erhängte sich vor Jahresfrist aus gleichem Grunde. — In dem offenen Sarge eines Kaufmanns in Firma gab einer der beiden Söhne vier Revolvergeschüsse auf seinen Bruder ab, die diesen tödlich verletzten. Der Grund war, daß der Erschossene alleiniger Erbe des väterlichen Vermögens geworden war.

In glühendem Eisen verbrannt. Die Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ in Duisburg war gestern der Schauplatz eines entsetzlichen Unglücksfalles. Dort stürzte ein Arbeiter in einen mit glühendem Eisen gefüllten Schmelzofen und verbrannte vollkommen. Beim Ausräumen des Ofens wurden nur einige Knochenreste des Verunglückten gefunden.

Überbrennung. Infolge eines nachts über Friedel und Ungegend bei Troppan niedergegangenen wolkenbruchartigen Regens trat die Ostrowitz über die Ufer und überflutete das umliegende Gebiet. Die Regulierungsarbeiten haben schweren Schaden erlitten. Drei bei den Arbeiten beschäftigte Erdarbeiter sind durch hereinwürgende Dampfermassen getötet worden.

51000 Kronen Amtsgelder unterschlagen hat der Postmeister Zimmer in Joduing (Tirol). Von einem Patienten erschossen wurde in Riga ein...

Verhaftung eines Messerstechers. Der von den Frauen und Mädchen Magdeburgs gefürchtete, seit langem immer wieder aufgetretene Messerstecher ist jetzt in der Person eines 27jährigen verheirateten Rangierers verhaftet worden.

Vier Brüder unter Mordverdacht verhaftet. Aus Augsburg wird dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet: In der Ortschaft Grafenau sind am Montag vier Brüder unter Mordverdacht verhaftet worden. Am 15. Juli wurde der Besitzer der Brauerei Auling, Josef Voglmeier, tot aufgefunden. Man nahm an, daß er Selbstmord verübt habe. Gestern mußten nun die vier Brüder Burgstahler vor Gericht erscheinen, um sich wegen einer Steuerhinterziehung zu verantworten. Bei ihrer Vernehmung verwickelten sie sich in allerhand Widersprüche, und die Gerichtskommission kam schließlich zu der Überzeugung, daß Voglmeier, von dem die vier Brüder Feld gepachtet hatten, ermordet worden ist. Man nimmt an, daß sie die Leiche des Ermordeten in die Scheune gebracht und diese dann angezündet haben. Zweifellos wollten sie dadurch den Anschein erwecken, als habe der alte Mann Selbstmord verübt oder sei das Opfer eines Unfalles gemorden. Voglmeier wurde verbrannt in der Scheune aufgefunden.

Eine Pariser Brücke in die Luft geflogen. Eine schwere Gasexplosion hat in der Nacht zum Dienstag den Pont Charenton in Paris zum Teil zerstört. Das Berliner Tageblatt meldet darüber: Um 1/21 Uhr nachts ging ein Bassant über den Pont Charenton, der ganz einsam dalag. Der Spaziergänger steckte sich eine Zigarette an und warf das Streichholz achtlos fort. Kaum hatte er die Brücke passiert, als eine furchtbare Detonation erfolgte. Das Streichholz war in eines der Abflußrohre gefallen und hatte dort Gase zur Explosion gebracht. Die ganze linke Seite des Brückenbelags flog in die Luft und stürzte dann zum Teil ins Wasser. Bald darauf schlugen Flammen aus dem Brückenboden empor, und da die Explosion auch die Wasserleitung zerstört hatte, gab es eine kleine Überschwemmung. Man hatte schon den ganzen Montag über Gasgeruch wahrgenommen, es aber unterlassen, nach der Ursache zu forschen. Der Brand konnte durch die Feuerwehr bald wieder gelöscht werden; die Polizei sperrte dann die Brücke ab.

Italienischer Banditenstreich. Aus Ferrara wird ein furchtbares Verbrechen gemeldet. Bei hellstem Tage drangen Banditen in das mitten in der Stadt gelegene Haus des reichen Grundbesizers Ochjobello ein. Sie holten dessen Automobil aus der Garage und ergriffen die hinzukommende 24jährige Tochter Ochjobellos und hoben sie in den Kraftwagen. Dann fuhr sie in rasendem Tempo davon, indem sie sich die Verfolger mit Revolvergeschüssen vom Leibe hielten. Am nächsten Morgen wurde die Leiche der unglücklichen Tochter auf einem Bachufer in furchtbar verstümmeltem Zustande aufgefunden. Die Polizei, die den Mördern bereits auf der Spur sein soll, neigt der Annahme zu, daß es sich um einen Racheakt gegen Ochjobello handelt.

Verunglückte Bergsteiger. Dieser Tage wurden auf dem Hochkönig in den Salzburger Alpen die Leichen zweier seit Monaten vermissten Bergsteiger gefunden, die den Tod in den Bergen in seiner schrecklichsten Gestalt erlitten hatten. Sie waren in eine Felspalte geklettert und dort verhungert. Es sind der Gymnastikler Erich Bargez aus Salzburg und der Notariatskanzlist Leinberger aus Oberndorf. Beide hatten am Weihnachtstage eine Skitour auf den Hochkönig unternommen, von der sie nicht mehr zurückkehrten. Zwei Münchner Touristen entdeckten nun füglich auf dem Hochkönig in der sogenannten Schrammbachscharte in einer Höhe von 2800 Metern einen Ski und bald darauf auch in einer mit Schnee gefüllten Felspalte die Leichen der beiden. Eine aus 18 Mann bestehende Bergungsexpedition des Skiklubs Mühlabach brachte die beiden Leichen auf einem Schlitten zu Tal. Leinberger wurde in Mühlabach befristet, während die Leiche Bargezis nach Salzburg übergeführt wurde. Die Erhebungen ergaben, daß die beiden Touristen den Hungertod gefunden haben. In den Rückfäden der Unglücklichen fand sich keinerlei Nahrung vor, so daß die Annahme bestand, daß sie, nachdem sie in die 55 Meter tiefe Felspalte geraten waren, noch zwei bis drei Tage gelebt haben dürften. Eine furchtbare Bestätigung dieser Annahme fand sich in Briefen, die bei den Toten gefunden wurden. Leinberger hatte eine Karte und Bargezi einen vier Seiten langen Brief geschrieben, der die letzten Stunden der Unglücklichen schildert. Bargezi schreibt unter anderem: „Leinberger kann nicht mehr schreiben, weil seine Hände erfroren sind.“ Angesichts der furchtbaren Lage, in der sie sich befanden, faßten die Unglücklichen, wie aus den Aufzeichnungen seiner hervorgeht, den Entschluß, sich die Pulskadern zu öffnen, um früher von ihren Leiden erlöst zu werden. Die Ausführung dieses Planes scheiterte jedoch daran, daß ihnen hierzu bereits die Kraft mangelte.

Bei dem Braude einer Londoner Zelluloidfabrik in der City sind zwölf Mädchen ums Leben gekommen. Fünf verletzte Mädchen sind ins Krankenhaus gebracht worden.

Ein gefährdeter Expreszug. Der von Preston nach Carlisle gehende Schottische Expreszug der London and North Western-Bahn stieß in der Nacht zum Dienstag um 1 Uhr unweit des Bahnhofes Hest Bank dicht hinter Lancaster gegen einige auf den Schienen befindliche Güterwagen und entging nur wie durch ein Wunder einer schweren Katastrophe. Die Erschütterung war heftig, und die Passagiere wurden unsanft aus dem Schlafe geschreckt, kamen aber sämtlich mit dem Schreck und unbedeutenden Schrammen davon. Der Lokomotivführer und der Heizer des Expreszuges erlitten erheblichere Verletzungen. Veranlaßt wurde der Unfall durch das Losbrechen einiger Wagen von einem dem Expreszuge vorausfahrenden Güterzuge, das vom Signalwärter unbemerkt geblieben war.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher. „Arbeiter-Jugend“, Nr. 15.

„Kommunale Praxis.“ Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 30 Pfg. Abonnements kosten pro Quartal 3 Mk. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und Expeditionen entgegen. Probenummern kostenlos vom Verlag.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: A. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Arbeiter Volksblatt“

„Gehen Sie noch nicht herein,“ bat Harry vor dem Haupte der Frau Barnabad. „Es ist so angenehm in der frühen Luft und die Sterne leuchten hier heller als im Abend.“

„Es ist alles besser hier,“ entgegnete Angela. „Hier schlägt noch Herzen und nehmen die Wenigen noch Anteil an einander. Hier sind wir alle Arbeiter und Arbeiterinnen und keine Standesunterschiede trennen uns.“

„Sie sind alljährlich vom Abend eingenommen. Doch lassen Sie uns vom Volkspalast sprechen. Das ist doch Ihr Traum?“

„Rein, Ihre Erfindung,“ verlegte Angela.

„Siehe ich mit meinem zweijährigen Hund nicht weniger als ein Anfang zu seiner Bewirtung machen? Vielleicht ist weiter nichts als nur der Anfang nötig, um den Stein ins Rollen zu bringen. Bedenken Sie bloß, nur, zu welchem Zwecke es bereits Ihre Genossenschaft unter Ihnen gebracht hat.“

„Aber es muß ein großer Palast sein — ein Monumentales, der ganz so angeordnet ist, wie wir es uns angesehen haben. Mein mein Freund, wir nehmen Ihr Haus an, das eine große und edle Sache ist, aber Ihr Geld sollen Sie nicht opfern. Gleichwohl werden wir den Palast und zwar recht bald bekommen, und wenn er fertig ist —“

„Ja, und wenn er fertig ist —“

„Ja, so wird seine Eröffnung für uns alle den Anfang eines neuen Glückes bedeuten.“

„Sie sprechen in einer Fabel.“

„Rein,“ entgegnete sie, „ich meine es durchaus ernst. Sie aber lassen Sie mich gehen. Erwarten Sie sich meiner Worte: Die Eröffnung des Palastes mag, wenn Sie einverstanden sind, für uns alle der Anfang eines neuen Glückes werden.“

„Für Sie und mich?“

„Ja — für Sie — und für mich. Gute Nacht!“

